

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 16 (1975)
Heft: 11

Artikel: Zwischenspiel am Ende : ein Monat nach den Wahlen in Portugal
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094995>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Monat nach den Wahlen in Portugal
Ein Bericht aus Lissabon von X.Y.

Zwischenspiel am Ende

Unser gelegentlicher Portugal-Korrespondent ist soeben von einem Studienaufenthalt aus Lissabon zurückgekehrt. Seine früheren Analysen (ZB Nrn. 3, 7 und 8) sind durch die Ereignisse bestätigt worden. Wir fürchten, dass auch sein heutiger Bericht und Ausblick zutrifft.

Der Zerstörung und Anarchie in Portugal liegt wohldurchdachte Methode zugrunde. Bewusst wird ein chaotischer Nullpunkt angestrebt, der den Nährboden nach innen für die «Revolution» im marxistisch-leninistischen Sinne abgeben, nach aussen hin aber die notwendige Rechtfertigung liefern soll.

Und zerstört wird im Augenblick alles: Wirtschaft, demokratische politische Parteien, zwischenmenschliche Beziehungen.

Soares reichlich spät

Es mutet daher recht sonderbar an, dass Mario Soares, Generalsekretär der portugiesischen Sozialistischen Partei (PSP), der sich dieser Tatsachen, dieser gezielten Zerstörung ebenfalls seit Monaten bewusst sein muss, jetzt — erst jetzt — entdeckt, dass «auf allen Ebenen eine Kampagne gegen die Sozialisten geführt wird». Auch ist seit vielen Monaten, spätestens seit dem Sturz Antonio de Spínolas vom Präsidentenamt am 28. September vergangenen Jahres offenbar, dass Portugal «gegenwärtig nicht zum Sozialismus, sondern in wirtschaftlichen Niedergang und Anarchie geführt wird». Er will plötzlich «keinen Sozialismus des Mangels und des Elendes»

und keine neue Diktatur, «weder eine militärische noch eine kommunistische», dulden.

Es fällt aber eigenartigerweise recht schwer, der Kraft seiner geballten, erhobenen Faust zu glauben. Es muss Schatten der Vergangenheit geben, die offenbar stärker sind. Sind es die monatlichen 50 000 Escudos (5500 sFr.), die er während seiner Exiljahre in Paris von einer namhaften portugiesischen Bank zugesteckt erhielt, damit er den Emigranten in Frankreich nahelegen sollte, bei diesem Geldinstitut zu investieren? Oder ist es gar der Fall, beziehungsweise die Ermordung des Generals Delgado angeblich durch Schergen der früheren portugiesischen Staatspolizei (PIDE)?

General Humberto Delgado, Präsidentschaftskandidat der Opposition bei den Wahlen 1961, war im April 1965 nahe der portugiesischen Grenze auf spanischem Hoheitsgebiet ermordet aufgefunden worden; Soares war Anwalt der Familie Delgado.

Fest steht heute, dass die nach dem Umsturz in Portugal eingesetzte Untersuchungskommission zum Schluss gelangt ist, dass die PIDE kein Interesse und keine Veranlassung gehabt hätte,

Delgado umbringen zu lassen, da einer der engsten Mitarbeiter des Generals in Diensten der Staatspolizei gestanden habe und über jeden Schritt des politischen Gegners im Bilde gewesen sei. Weder ist dieser Untersuchungsbericht bisher in Portugal veröffentlicht, noch ist Anklage gegen irgend jemand erhoben worden. Der Fall gehöre der Geschichte an und die Vergangenheit solle ruhen, heisst es jetzt in Lissabon.

Mittlerweile photokopiert, sortiert und vernichtet Rogério de Carvalho, Mitglied des Zentralkomitees der portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) in einem Raum des «Polit»-Gefängnisses Caxias bei Lissabon das frühere PIDE-Archiv, das sich die Kommunisten sofort nach dem geglückten Putsch der Offiziere am 25. April 1974 aneigneten.

Wahlen werden «Wahlen»

Die Portugiesen durften am vergangenen 25. April erstmals seit fast einem halben Jahrhundert frei wählen. Aus diesen Wahlen (von den Militär-Marxisten «pädagogische Übung» genannt) sind die Sozialisten und die sozialdemokratischen Volksdemokraten (PPD) als überwältigende Sieger hervorgegangen. Das Resultat wurde in den westeuropäischen Demokratien mit Genugtuung aufgenommen. Dann wurde zur Tagesordnung übergegangen: so schlimm könne es ja mit den kommunistischen Machtgelüsten in Portugal nicht sein.

«Revolutions»-Schübe kündeten Kommunisten und Militär-Marxisten der «Bewegung der Streitkräfte (MFA)» jeweils im voraus an.

So erklärte beispielsweise am 5. Mai in Sétubal Dr. Mario Ruivo, Staatssekretär für Fischerei, vor Fischern: «In der Vergangenheit haben wir die Reaktion jeweils niedergeschlagen. Wir werden es abermals tun müssen, in den nächsten Wochen». Drei Tage später warnte die Kommunistische Partei in der von ihr beherrschten Zeitung «O Seculo», die «Reaktion» rüste zur «Offensive». «Auf einigen Gebieten» werde versucht, das Ergebnis der bevorstehenden Wahlen dazu zu missbrauchen, den «revolutionären Prozess» aufzuhalten. Die «Reaktion», und diesmal waren die Sozialisten gemeint, versuche, die Gewerkschaften und die «Bewegung der Streitkräfte» zu spalten.

Noch deutlicher äusserte sich vergangene Woche PCP-Chef Alvaro Cunhal, als er sagte, es könnte der Zustand eintreten, dass die «Dynamik des revolutionären Prozesses die (demokratischen) Parteien überspielt».

Parteien im Fallwind

Sie sind bereits überspielt und überrollt worden. Ein Einheits-Appell der Militärs, dem die Kommunisten geflissentlich beipflichteten, angesichts des von Mario Soares entwickelten Rauches ohne Feuer, rief etwelche gemässigte Offiziere, die dazu neigen könnten, den Volkswillen zu respektieren und ihm Nachachtung zu verschaffen, wieder zur Ordnung zurück. Den Rest besorgten Verhaftungen und — abermals — Umdisponierungen und Neuernennungen bei wichtigen Kommandoposten.

Der «Oberste Revolutionsrat», das höchste Machtorgan, analysierte das «konterrevolutionäre Risiko der Wahlen» und verkündete die Institutionalisierung des «Volks-Tribunals», vor dem sich die angeblichen Putschisten vom 11. März

(Fortsetzung auf Seite 4)

KONSERVATISMUS AUS ERSTER HAND



«student» macht den Anfang. 1968. Die erste grosse konservative Zeitschrift der sechziger Jahre. Engagiert. Dynamisch. Konstruktiv. Mit Hintergrundberichten und Analysen führender Publizisten. Mit Hochschulschulnachrichten aus dem In- und Ausland. Mit umfangreichen Filmkritiken und Buchbesprechungen. In bisher mehr als 2,5 Millionen Exemplaren. «student»: Konservatismus aus erster Hand.

(Probeexemplare: «student»-Vertrieb, D-8706 Höchberg, Schwedenweg 9, Abl. Z)

Die internationalen Frontorganisationen Moskaus

7

Der Weltbund der Demokratischen Jugend (WDJ)

Laszlo Revesz

Dass die sogenannten «internationalen demokratischen Organisationen» unter kommunistischer Führung tatsächlich reine Transmissionsriemen für die Moskauer Aussenpolitik darstellen, ist eine Sache, die sich nachweisen lässt. In unserer Serie haben wir den Nachweis besonders bezüglich des Weltfriedensrates (WFR) detailliert geführt (ZB, Nrn. 8 und 9/1975). So steht der WFR gerade im Dienst der sowjetischen Militärmaschine und der von den Sowjets unterstützten und somit «gerechten» Kriege.

Der WFR nun war kürzlich Promotor einer Tagung, die unter dem Namen «Zweites Forum der Vertreter der Öffentlichkeit für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa»

Der höchste Gruss

vom 26. bis 29. April in Brüssel und Lüttich stattfand. Der WFR selbst, nationale WFR-Gruppen und WFR-Hilfsorganisationen wie zum Beispiel der «Initiativkreis Europäische Sicherheitskonferenz», dessen einziger Zweck wiederum darin besteht, den sowjetischen KSZE-Vorstellungen zum Erfolg zu verhelfen.

An der Parteilichkeit dieses Treffens im Interesse der grössten Diktatur- und Militärmacht der Welt ist also nicht zu zweifeln. Und trotzdem (oder gerade deshalb?) ist das Brüsseler Forum mit einer Grussbotschaft von UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim bedehum worden. Wenn Westeuropa schon den Generalsekretär der Vereinten Nationen stellen darf, muss er sich «zum Ausgleich» halt um prosojetische Schlagseitigkeit bemühen, damit man seine Ueberparteilichkeit gelten lässt. Bei dieser «Kompromiss»-Lage wäre dem westlichen und speziell dem westeuropäischen Interesse nachgerade mit einem chinesischen Generalsekretär besser gedient.

Zu den internationalen Transmissionsriemen Moskaus gehören selbstverständlich auch Jugendorganisationen, denn die Jugend zu begeistern ist immer eines der grossen Vorhaben totalitärer Diktaturen, von Hitler bis Breschnew. Dabei ist gerade die Geschichte des Weltbundes der Demokratischen Jugend (WDJ) geeignet, wieder einmal die Dialektik im Verhältnis der nationalsozialistischen und sowjetsozialistischen Diktatur aufzuzeigen.

Hierbei geht es um die Vorläuferbewegung zum heutigen WDJ, respektive um die unterbrochene Vorläuferbewegung unter dem Vorzeichen des Antifaschismus. Schon in den dreissiger Jahren hatte die Kommunistische Jugendinternationale (Sitz in Moskau) den weltweiten Zusammenschluss der werktätigen Jugend zu einer antifaschistischen Front gefordert.

Der sowjetisch unterbrochene «Kampf gegen den Faschismus»

Aber gerade in der kritischsten Zeit, als Hitlerdeutschland mit seinem Ueberfall auf Polen den Weltkrieg auslöste, da durfte in Moskau von einer Solidarität gegen den Hitlerfaschismus nicht mehr die Rede sein; schliesslich waren zu diesem Zeitpunkt die Sowjets die Kriegsverbündeten der Nazis, mit ihnen durch Friedens- und Freundschaftspakte verbunden. Und erst im Juni 1941, nach dem Bruch zwischen Nazis und Kommunisten, erneuerten diese auf Anweisung des Kremls ihre Bestrebungen zur Gründung einer «allge-

meindemokratischen Einheitsfront» für die Jugend.

Das hindert die heutige sowjetische Fachliteratur nicht an der Behauptung, die Vereinigung der demokratischen Kräfte unter der Jugend sei Ende der dreissiger Jahre deshalb verhindert worden, weil die westlichen Leiter der Sozialistischen Jugendinternationale eine Kapitulationspolitik gegenüber Hitlerdeutschland praktiziert hätten. Wenn das stimmt, dann muss es auch eine Kapitulationspolitik gegenüber den sowjetischen Verbündeten Hitlerdeutschlands gewesen sein!

Nach dem Ueberfall Hitlers auf die UdSSR machte die internationale Jugendorganisation Moskaus rasche Fortschritte.

Schon im November 1942 trat in London die erste internationale Jugendkonferenz unter Teilnahme von Vertretern aus 28 Ländern zusammen. Die Erklärung dieser Konferenz rief die demokratische Jugend der Welt zur Einheit im Kampf gegen den Faschismus auf. Sie hatte in

Zwischenspiel am Ende

(Fortsetzung von Seite 3)

dieses Jahres zu verantworten haben werden. Auch in diesem Fall: den gesetzlichen Normen gehen die revolutionären Tatsachen voraus. Es werden die «revolutionären» Bedingungen geschaffen, um mit Regimegegnern, die seit Jahr und Tag festgehalten werden, abrechnen zu können. Zumal bisher — auf ordentlichem Gesetzesweg und gemäss bestehendem Justizsystem — in den wenigsten Fällen ein Verbrechen entdeckt werden konnte.

Uebrigens, in den portugiesischen «Polit»-Gefängnissen schmachten zurzeit etwa 2400 bis 2600 Gefangene. Einige Prozent der Gefangenen sollen bereits ubergeschnappt sein. Als sich nach dem Umsturz die Gefängnistore öffneten, bedeutete das damals Freiheit für insgesamt 148 politische Gefangene.

Krieg oder Hof des Friedens?

Seit einem Jahr wird das portugiesische Volk auf Trab gehalten, kommt es nicht zur Ruhe. Es ist zerrissen und ohne Halt. Es sehnt sich nach

Ruhe und Ordnung. Und wer im Autobus oder in der Untergrundbahn den Gesprächen der von der Arbeit heimkehrenden Massen lauscht, muss feststellen, dass es den Portugiesen gleichgültig geworden ist, wer Ordnung schafft, nur sollte es bald geschehen. Aber wie das äussere Bild der einst reizvollen und prächtigen Hauptstadt Lissabon von Tag zu Tag, von Woche zu Woche mehr vergammelt, so scheint es auch mit der Armee bestellt zu sein, die nur noch aus einzelnen bewaffneten Haufen zu bestehen scheint.

Der «Revolutionsrat» hat aber anscheinend die Lösung gefunden, um Ordnung zu schaffen und gleichzeitig Volk und «Bewegung der Streitkräfte» zu vereinen. Es ist die Rede (vorläufig; aber morgen bereits Tatsache) von bewaffneten Volksmassen alias Volksmilizen. Nur so, wie einer der führenden Köpfe des «Revolutionsrates», Admiral Ros Coutinho, genannt der «Rote Admiral», erklärte, könne das Volk am «revolutionären Prozess» teilhaben. Und während die portugiesischen Militärs ihre «Treue» zur Atlantischen Allianz (NATO) in undurchsichtigen Erklärungen bekunden, reist der neue Befehlshaber der Luftwaffe, die bisher als der gemässigste Flügel innerhalb der Armee galt, General José Morais de Silva, nach Kuba zwecks Information.

Vor seiner Abreise liess er aber wissen, jetzt werde auch die Luftwaffe in den Dienst der «Revolution» gestellt.

Portugal und den Portugiesen geht langsam die Luft aus. Die Wirtschaftslage ist katastrophal. Wer kann, der verlässt das Land. Die Flüchtlinge gehen bereits in die Tausende. Es ist vor allem das technische und wirtschaftliche Kader, das auswandert. Ziel ist in den meisten Fällen Brasilien. Die Brasilianer scheuen sich aber auch nicht, in ganz- und halbseitigen Inseraten zur Ausreise ins «gelobte Land» aufzumuntern.

Gegen diese Emigration sind die Militärs noch nicht eingeschritten. Auf einfache Art und Weise schaffen sie sich lästige Störenfriede, potentielle Gegner von morgen, vom Halse.

Kulturdelegationen aus dem gesamten Sowjetblock haben Portugal wie ein Spinnwebgewebe überzogen. Die portugiesischen Kommunisten haben, im Unterschied zu den Volksdemokraten, keine Geldsorgen. Und die popig aufgemachte Sängergruppe der Karl-Liebknecht-Schule (Ost-Berlin) singt am portugiesischen Fernsehen:

«Bruder, Genosse von Portugal... überall wachsen rote Nelken Dir. ... Frühling hat sich eingestellt. Seht, es blüht bald auf der ganzen Welt.» ...